

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 24

**Artikel:** Lateinamerika-Uebersicht : zu viele Zünglein an der Waage  
**Autor:** Max, Alphonse  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095603>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

niens. Seit 1956, als die einzelne Aufzählung der Volksdemokratien aufkam, nahm es (das heisst vielmehr seine werktätige Bevölkerung) zwar unter ihnen den ersten Platz in der Liste ein, aber auch nur deshalb, weil man alphabetisch vorging. 1966 entschloss man sich trotz dieses Prinzips, Albanien zurückzusetzen und nannte es als letzte Volksdemokratie sogar nach Jugoslawien.

### Progressive Anerkennung Kubas

Es lohnt sich auch, auf die Behandlung Kubas hinzuweisen. 1959 unterliess es das ZK, auf die kubanische Revolution Bezug zu nehmen, da man wahrscheinlich noch nicht genau wusste, wohin die Ereignisse führen würden. Auch 1960 bekam Kuba noch einen bescheidenen Platz (Punkt 35), nach den Entwicklungsländern, unmittelbar vor den kapitalistischen Ländern: «Ein glühender Gruss an das heldenhafte kubanische Volk, welches das neue Leben aufbaut, seine nationale Freiheit und Unabhängigkeit opferbereit verteidigt.» Wahrscheinlich wollte Chruschtschew damals noch Amerika nicht provozieren! Nachher erhielt jedoch dieses Land einen immer vornehmeren Platz, entsprechend seinem Gewicht in den aussenpolitischen Plänen der Sowjetunion. 1961 wurde dem 1960er Text noch ein Satz beigefügt: «Es sollen Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Sowjetunion und Kubas entwickelt werden» (Punkt 36/1961). Die eigentliche Aufwertung Kubas begann jedoch erst 1962, entsprechend den sowjetischen Plänen, Kuba zu einem Sprungbrett gegen die USA einzurichten. 1962 wurde es vor Jugoslawien, nach den eigentlichen Satelliten, eingereiht (Punkt 27). Besondere Aufmerksamkeit wurde der kleinen karibischen Insel von 1963 an gewidmet; 1963 beschäftigten sich zwei Punkte mit Kuba: «Ein brüderlicher Gruss dem heldenhaften kubanischen Volk, welches den *Sozialismus aufbaut*(!), die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes vor den aggressiven Angriffen der amerikanischen Imperialisten opferbereit verteidigt. Es lebe die kubanische Republik! Es lebe die ewige, unerschütterliche Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen und dem kubanischen Volk!» (Punkt 23). Der sozialistische Aufbau wurde also bei Kuba wesentlich früher bzw. schneller anerkannt als bei China! Der zweite Punkt im Jahre 1963 lautet: «Völker der Welt! Kämpft für die Einstellung der Provokation der Imperialisten gegen das revolutionäre Kuba! Verlangt den Verzicht der aggressiven USA-Kreise auf die feindlichen Aktionen gegen das freiheitsliebende kubanische Volk, auf die Unterstützung der konterrevolutionären Elemente — ohne dies kann keine internationale Entspannung erzielt werden. Hände weg von Kuba!» (Punkt 24/1963). Der Platz Kubas wurde — dem Alphabet entsprechend — nach Korea bestimmt.

Auffallend ist die Bedeutung, welche Ostdeutschland bzw. im allgemeinen dem deutschen Problem beigemessen wird.

### Von Ostdeutschland zur DDR

Ostdeutschland wurde jeweils auch dann ein eigener Punkt eingeräumt, als die übrigen osteuropäischen Staaten noch in einem einzelnen Punkt zusammengefasst waren, vielleicht deshalb, weil man damals noch die «zwei deutschen Staaten» als eine Einheit behandeln wollte. 1949: «Es lebe und blühe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland» (Punkt 5).

1951: «Gruss an das demokratische Volk Deutschlands, welches gegen den verbrecherischen Plan kämpft, Westdeutschland in einen europäischen Stützpunkt des Imperialismus und der Aggression umzuwandeln. Es lebe der einheitliche, unabhängige, demokratische und friedliebende deutsche Staat» (Punkt 6). Auf die eigentliche DDR hat man erst 1953 direkt hingewiesen: «Ein Gruss an die demokratischen Kräfte Deutschlands, welche gegen die verbrecherischen Pläne kämpfen, Westdeutschland in einen Herd des dritten Weltkrieges umzuwandeln. Es lebe die DDR, die zuverlässige Stütze des Kampfes für das einheitliche, unabhängige, friedliebende, demokratische Deutschland» (Punkt 9). 1955 wurde die DDR noch mehr aufgewertet: «Stütze der friedliebenden Kräfte ganz Deutschlands, welche gegen den neugeborenen Militarismus, für die Vereinigung des Vaterlandes auf friedlichen, demokratischen Grundlagen kämpfen» (Punkt 12). Dann erst liess man die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen und deutschen Volk hochleben, wobei man durch die Ostdeutschen das ganze deutsche Volk vertreten lassen wollte. 1956 wurde das gesamte deutsche Volk wieder in einem Punkt begrüsst: «Es lebe die DDR, die Stütze der friedliebenden Kräfte ganz Deutschlands, welche gegen den neugeborenen Militarismus, für die Vereinigung ihrer Heimat auf friedlicher, demokratischer Grundlage kämpfen. Brüderlicher Gruss an die Werktätigen der DDR, welche den Sozialismus aufbauen. Brüderlicher Gruss an die Werktätigen und allen fortschrittlichen, friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Es festige sich die Freundschaft zwischen dem sowjetischen und deutschen Volk zum Wohl des Friedens in Europa.» Erst 1959 wurde die DDR ohne direkten Kontakt mit der

Bundesrepublik angeführt: «Es lebe die DDR, die Stütze der fortschrittlichen Kräfte ganz Deutschlands im Kampf für Frieden, für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland...» (Punkt 19).

\*

Im Zusammenhang mit dem volksdemokratischen Teil der aussenpolitischen Losungen ist zusammenfassend folgendes hervorzuheben:

Das Zentralkomitee der KPdSU unterliess es sowohl 1956/1967 als auch 1968, auf die ungarische bzw. tschechoslowakische Frage hinzuweisen. Es war die einfachste Lösung, um das erwachende nationale Selbstbewusstsein der Volksdemokratien einfach totzuschweigen und statt dessen den proletarischen Internationalismus vermehrt zu betonen. Das Umgehen der heiklen Probleme ist anscheinend ein wichtiger Charakterzug dieser Losungen. Man will die Aufmerksamkeit der eigenen Bevölkerung von ihnen ablenken. Die gleiche Behandlungsweise beobachtet man im Zusammenhang mit China und Albanien. Im Zusammenhang mit Jugoslawien folgte man allerdings einem anderen Weg, weil sowohl die subjektiven als auch die objektiven Voraussetzungen anders gestaltet waren. Stalin liess Jugoslawien sofort nach der Verkündung seines eigenen Weges exkommunizieren (Kominform-Beschluss, Herbst 1948), da dieses Land unvergleichbar kleiner, schwächer und bedeutungsloser war als China nach 1963. Die unterschiedliche Bewertung dieses Landes zeigt die tatsächliche Zick-Zack-Linie der sowjetischen Aussenpolitik. Diese änderte sich im Verlaufe von 20 Jahren einige Male, obwohl Jugoslawien eigentlich die ganze Zeit über der gleichen politischen Linie folgte. (Fortsetzung folgt)

### Lateinamerika-Uebersicht

## Zu viele Zünglein an der Waage

Von Alphonse Max

**Die allgemeine und immer grössere Aufstandsbewegung in Lateinamerika hindert nicht daran, dass sich die Länder des Kontinents am laufenden Band zwischenstaatliche Intrigen leisten. Blockbildungen in allen möglichen Variationen und unter allen möglichen Vorzeichen werden laufend erprobt. Politisch wird eifrig die Kunst geübt, auf verschiedenen Stühlen zu sitzen, was weder der wirtschaftlichen Sanierung bekommt, noch die Revolutionäre zufriedenstellt, wie man immer hofft.**

*Brasilien* baut seine Beziehungen zu *Uruguay* aus, indem es unter anderem die Untersuchungsstudien für das Laguna-Mirim-Projekt vorantreibt.

Dieser zirka 1800 Quadratkilometer grosse See, der ungefähr je zur Hälfte zu *Uruguay* und *Brasilien* gehört, wurde schon 1965 zum Objekt eines Vertrages zur gemeinsamen Ausbeutung. Es sollen 62 000 Quadratkilometer des anliegenden Landes, das während mehrerer Monate, teils mit Salzwasser, überschwemmt und den Rest des Jahres ausgedorrt brachliegt, in fruchtbares Weideland und Ackerland verwandelt werden: die Fischerei, der Wassertransport, der Tourismus sollen, abgesehen von der Landwirtschaft und der Viehzucht, dort unter Mitarbeit beider Nationen und finanzieller Hilfe der UNO und der FAO begünstigt werden.

### Wenn alle alle umwerben, wer traut dem andern?

Gleichzeitig bemüht sich *Argentinien* um die Gunst eines anderen kleinen Staates, um das Wettrennen mit *Brasilien* nicht zu verlieren.

Der General-Präsident *Argentiniens*, *Juan Carlos Ogonia*, besucht diesen Monat seinen Kollegen, den General-Präsidenten *Paraguays*, *Alfredo Strössner*, mit dem er eine Reihe von wichtigen Themen zu besprechen beabsichtigt, wie Zollabkommen und die Ausdehnung derselben auf neue Grenzgebiete, gesteigerter Handel, insbesondere die Ausfuhr von Traktoren, Eisenbahnmateriale, elektronischem Material usw. nach *Paraguay* und die Einfuhr von Zitrusfrüchten und anderen Agrarprodukten, denen *Argentinien* ge-

(Fortsetzung auf Seite 8)

## Zusammenhänge

«Für Nassers Rede (vom 6. November) vor der ägyptischen Nationalversammlung», so kommentierte in der «National-Zeitung» Werner Gysin, «gibt es nur noch eine Parallele: Hitler. Brutaler, aufwieglerischer, verführerischer, kriegshetzerischer — und damit präjudizierend sich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit, wie der Fachausdruck dafür in den Nürnberger Prozessen lautete, schuldig machend, kann man gar nicht mehr sein.»

Die Parallele stimmt. Und darüber hinaus gibt es sogar arabischerseits das direkte Bekenntnis zur Nachfolgerschaft Hitlers. Hitlers «Mein Kampf», das schon 1967 in mehreren arabischen Staaten als Pflichtlektüre in Mittelschulen eingeführt war, kommt in Kairo und anderswo in immer neuen Auflagen heraus. Hitler und Eichmann werden durchaus offen als Helden und Märtyrer für die gute Sache gepriesen. Die ehemaligen SS-Mörder und nationalsozialistischen Kriegsverbrecher, die in arabischen Ländern als Instruktoren militärischer Einheiten und als Theoretiker der Judenfrage aktiv waren, mögen zwar heute weitgehend von sowjetischen Instruktoren abgelöst worden sein, die im gleichen Geiste tätig sind, aber die Kontinuität der hitlerschen Nachlassverwaltung besteht nicht nur, sondern hat sich noch verstärkt. Und dieser arabische und palästinensische

Kampf als Kontinuität von «Mein Kampf» wird heute weltweit als gerechter Befreiungskampf anerkannt. Dafür nennt man Israel imperialistisch und faschistisch. Dieses Spiel betreiben einerseits die kommunistischen Staaten mit ihrer kompakten staatlichen Propaganda, andererseits alle jene «progressiven» Kreise des Westens, die auch ihrem Aufstand gegen die demokratischen Strukturen mit Vorliebe den Beinamen «antifaschistisch» geben. So wie jene westeuropäischen Studenten, die in Ausbildungslagern der El Fatah ihre Solidarität mit jener Befreiungsbewegung bekundeten, so wie jene ändern, welche israelische Referenten in Versammlungen mit Erfolg niederzuschreiben vermögen.

Die groteske Umkehrung aller Sachverhalte in bezug auf Israel und seine Feinde macht dieses Beispiel zu einem Testfall. Beispielsweise für die Sowjetunion. Sie ist die Protektionsmacht jener, welche die Nachfolgerschaft Hitlers antreten. Sie rüstet jene auf und gibt ihnen vorbehaltlos ihre moralische Unterstützung für ihren «gerechten Kampf». Sie ist eine faschistische Protektionsmacht, ganz abgesehen davon, dass auch die Handhabung der Macht in der UdSSR selbst und in ihren Satelliten im wesentlichen mit Methoden erfolgt, die auch Hitler gebrauchte. Heute gilt überall eine antisowjeti-

sche Haltung als Todsünde. Hier muss man einmal klarmachen, dass diese Haltung eine Form des Antifaschismus ist, und zwar bezogen auf die grösste und expansivste faschistische Macht der Welt. Wer nicht antisowjetisch sein will, verzichtet auf den Kampf gegen den Faschismus, und zwar just dort, wo dieser am stärksten ist.

Zum Testfall werden die hitleristischen Vorzeichen des palästinensischen und arabischen Kampfes gegen Israel auch für alle jene, welche ihn als Teil des weltweiten Befreiungskampfes gegen den westlichen Imperialismus verstehen und unterstützen. Sie stehen im Bündnis mit einer Kampagne, die ganz ausgesprochen Nazi-geist atmet, und sie sollen auch daraufhin angesprochen werden.

Ich weiss: es gilt als ganz und gar nicht salonfähig, beispielsweise Vergleiche zwischen dem SDS und der seinerzeitigen jung-nationalsozialistischen Bewegung zu ziehen. So etwas macht man doch nicht, wo doch diese jungen Leute selber immer wieder sagen, dass sie antifaschistisch sind. Aber dafür ist es vielleicht salonfähig, darüber hinwegzuschweigen, dass Hitler und Eichmann zu antifaschistischen Leitbildern gemacht werden?

Übrigens: Hitler selbst hat sich ja auch nicht «Faschist» genannt. Sondern «Sozialist». cb

## Lateinamerika-Übersicht

Fortsetzung von Seite 7)

näss der Grösse des Handels eine günstige Behandlung zu gewähren bereit ist.

auf dem Gebiet des Verbindungswesens wird Paraguay von den Schifffahrtswegen Gebrauch machen, deren Verkehrsfreiheit es von der derzeitigen argentinischen Regierung erlangt hat.

s sollen Bauabkommen für Strassennetze und internationale Brücken vervollkommenet und eränzt werden, darunter das Projekt einer Brücke über den Paraguay-Fluss bei der paraguayischen Wirtschaft Alberdi und bei Formosa in Argentinien. Die Regierung in Assuncion hat auch grosses Interesse an der Durchführung des argentinisch-paraguayischen Wasserkraft-Anlagenkomplexes von Yacireta-Apipé, dessen Vorstudien schon fertig sind.

### Die gute alte Politik der Blockbildung

Die Grossmächte Südamerikas, Brasilien und Argentinien, können nicht auf die alte Politik der Blockbildung verzichten, die Ausdruck der ständigen Rivalität um die Hegemonie auf dem Halbkontinent ist.

Der Kern der Frage bleibt weiterhin, wer den potentiell sehr grossen Südamerikamarkt beherrscht. Kleine Staaten, wie Uruguay, Bolivien, Paraguay, aber auch Chile, stellen sich darauf ein, das Zünglein an der Waage zu spielen. Das Problem ist, dass es zu viele Zünglein gibt. In dieser Hinsicht manövriert Bolivien weiter mit seiner Militärdiktatur und einem von oben bewerteten Nationalismus, den man nur allzu gut kennt.

### Enteignungs-Opportunismus und wirtschaftliche Folgen

Dass sich Boliviens Präsident, General Ovando Candia, jedoch verrechnet hat, zeigt der Fall mit der Gasleitung nach Argentinien, die bis Juli 1970 fertiggestellt werden sollte.

Die nordamerikanische Firma Williams Brothers hat unter dem Druck der verstaatlichten US-Firmen Gulf Oil ihre Bautätigkeiten eingestellt, und die argentinischen Transportbetriebe blockieren schon seit mehreren Wochen die Materiallieferung für den Bau der Gasleitung. Die Inbetriebsetzung dieser schon zu 60 Prozent fertigen Leitung ist somit gefährdet, wodurch nicht so sehr Argentinien als Bolivien zu leiden hätte, denn die zuständigen Behörden in Buenos Aires gaben bekannt, dass das Ausfallen der 4 Millionen Kubikmeter Gas täglich, die Bolivien ab Juli nächsten Jahres liefern sollte, durch die beschleunigte Fertigstellung der argentinischen Gasleitungen von Bahia Blanca, Neuquén usw. wettgemacht werden könne. Andererseits drohte die Gulf Oil, Massnahmen zur Unterbrechung der Tankerbewegungen zu treffen, damit Bolivien kein Petroleum mehr vom chilenischen Hafen Arica aus verschiffen könne.

Die Enteignung der nordamerikanischen Petroleumgesellschaft Gulf Oil und ihre für Bolivien ungünstigen Auswirkungen haben das Land an den Rand einer Wirtschaftskatastrophe geführt. Die gefährliche Situation wurde sofort von der Bevölkerung erkannt, die sich auf eine regelrechte «Dollarjagd» begab; es wird nun eine Abwertung der bolivianischen Währung von mindestens 35 Prozent erwartet. Ein Sprecher des Unternehmer-Verbandes, der ehemalige Wirt-

schaftsminister Jorge Tamayo Ramos, erklärte, dass der von ihm vertretene Sektor angeboten habe, 2 Prozent des eingezahlten Gesellschaftskapitals (rund 2 Mio. Dollar) als Sparleihe mit fester Kündigungsfrist bei der bolivianischen Zentralbank einzuzahlen, jedoch unter der Bedingung, dass die Staatsausgaben eingeschränkt und eine wirkliche «Austerität» eingeführt wird.

### Putschversuch zur Solderhöhung

In Chile hat ein Anfang von einer Militärrevolte gegen den Präsidenten Frei stattgefunden. Merkwürdigerweise hat sie keinen Erfolg gehabt.

Man muss den Putschisten jedoch Glauben schenken, wenn sie behaupten, dass sie nicht aus Abneigung gegen das abgewirtschaftete Regime Frei handelten, der sich dadurch auszeichnete, dass er versuchte, auf allen Stühlen gleichzeitig zu sitzen, sondern um eine Gehaltserhöhung für Soldaten und Offiziere zu verlangen. Man überlege sich einmal, was geschehen würde, wenn alle Lohnempfänger in Lateinamerika den Präsidenten ihres Landes beseitigen wollten, nur um ihr Gehalt aufzubessern.

In Kuba hat die Regierung dieses Jahr das Weihnachtsfest und alle anderen Feiertage bis zur Beendigung der Zuckerernte aus dem Kalender gestrichen.

Es soll mehr gearbeitet werden, damit Fidel Castro endlich das heiss ersehnte, aber bisher noch nie erreichte Ziel einer Zuckerernte von 10 Millionen Tonnen erlangen kann. Die wirtschaftliche Lage in Kuba hat sich schon wieder einmal verschlechtert. Die Rationierung der Lebensmittel wurde, zum erstenmal in diesem Jahr, wieder eingeführt.

## Mittelamerika:

### Noch gespannter als vor dem Krieg zwischen El Salvador und Honduras

In *Mittelamerika* haben sich die Gemüter noch immer nicht beruhigt. Der Außenminister von *El Salvador*, Francisco José Guerrero, behauptete, dass die Lage zwischen seinem Land und *Honduras* noch schlechter sei als vor dem Ausbruch des Krieges.

Er sagte, dass *Honduras* sich weigere, den Verkehr auf der durch *Honduras* führenden Strecke der Panamerika-Strasse für Güter und Fahrzeuge aus *El Salvador* wieder freizugeben.

Die Sperrung dieser Verkehrsstrasse schädige den mittelamerikanischen Handel, da der Schiffs-transport über den Golf von Ponceca nicht ausreichend sei. Nur wenige Tage darauf wurde der freie Handelsaustausch zwischen *El Salvador* und *Nicaragua* unterbrochen, und es bestehen ferner grosse Schwierigkeiten für den Handel zwischen *El Salvador* einerseits und *Costa Rica* und *Guatemala* andererseits. Guatemala bezichtigte *El Salvador* des Dumpings zum Schaden der guatemaltekischen Kleinbauern. Man sieht die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Mittelamerika als eine Folge des «Fussballkrieges» vom Juli dieses Jahres, der die normale Durchführung der multilateralen Abkommen unterbrochen habe. Die salvadorianische Produktion, die früher auf dem honduranischen Markt Absatz fand, wird jetzt in ungeordneter Weise in anderen Ländern auf den Markt geschleudert, wodurch die bisher bestehende prekäre Stabilität dieser Länder gestört wird.

### Washingtons Vorsätze

Präsident Nixon hat seine Politik gegenüber den lateinamerikanischen Staaten in einer lang erwarteten Rede auseinandergesetzt.

Nixon versprach unter anderem die Entwicklungshilfe fortzusetzen, nannte jedoch keinen Betrag für die künftigen Lateinamerika-Kredite, da diese von dem nordamerikanischen Kongress festgesetzt werden müssen. Der Präsident vermied auch die bei seinen Vorgängern üblichen Erklärungen über die Verteidigung der Demokratie, betonte jedoch, dass die Bevölkerung Lateinamerikas in den Mittelpunkt der Bemühungen der Vereinigten Staaten gestellt und dass die USA alles tun werden, um zur Befriedigung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Bedürfnisse beizutragen. Nixon gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass es die Hauptaufgabe der USA sei, die lateinamerikanischen Eigeninitiativen zu unterstützen. Andererseits versprach er, zu versuchen, die derzeitigen Handelsschranken abzubauen, und in bezug auf die Liberalisierung der Wirtschaftshilfe gab er die sofortige Befreiung von der Lieferbindung für die über die US-Entwicklungshilfe-Organisation AID vergebenen Kapitalhilfen bekannt. Die lateinamerikanischen Staaten sind also nicht mehr verpflichtet, die nordamerikanischen Kredite oder Wirtschaftshilfe in USA-Gütern anzulegen, sondern sie werden auch Ausrüstungen in anderen lateinamerikanischen Ländern kaufen und mit US-Mitteln finanzieren können.

### ... und der Terror lässt nicht nach

Die *Terrorwelle* in Lateinamerika hat auch in diesem Monat nicht nachgelassen.

Zum zweiten Jahrestag des Todes von «Che» Guevara in Bolivien überfiel eine zahlreiche Gruppe

der *uruguayischen* städtischen Guerilla-Bewegung «Tupamaros» das Städtchen Pando, 40 km vom Zentrum Montevideos entfernt. Sie täuschten ein Begräbnis vor und fuhren mit mehreren Leichenbestattungswagen in die 10 000-Bewohner-Stadt, überfielen die Polizeistation und die Feuerwehrzentrale und zerschnitten die wichtigsten Telefonkabel. Daraufhin machten sie sich in verschiedenen Gruppen daran, vier Banken auszurauben. Fünfzehn Minuten lang schien Pando in den Händen der Extremisten zu sein, dann rückten jedoch Polizei- und Heeresseinheiten mit Hubschraubern und Flugzeugen aus Montevideo an und zwangen die «Tupamaros» zur Flucht. Drei Extremisten wurden getötet, über zwanzig wurden festgenommen und fast 30 konnten entkommen. Andererseits konnte die Polizei trotz zahlreicher Razzias keine Spur des gekidnappten Zeitungsverlegers und Bankdirektors Pellegrini-Giampietro (Sohn des letzten Finanzministers Mussolinis) auffinden, der seit dem 9. September verschwunden ist.

In *Peru* und auch in *Ecuador* haben die betreffenden Regierungen wieder gegen Guerillas zu kämpfen. In Guayaquil, der zweiten Stadt von Ecuador, fand eine Reihe von Explosionen und Bränden statt. Der derzeitige Vizepräsident Jorge Zavala und der ehemalige Präsident und heutige Senator Carlos Julio Arosemena stehen unter dem Verdacht, die kubanisch inspirierten Guerillas sowohl moralisch als auch finanziell unterstützt zu haben, wie aus der Aussage eines gefangengenommenen Terroristenführers, der den Bewegungen «Ho Chi Minh» und «Auschirry» angehört hatte, zu entnehmen ist.

In *Kolumbien* gehen die Entführungen erfolgreich weiter, und die Regierungstruppen hatten wiederholt mit Guerilla-Einheiten zu kämpfen. In der Dominikanischen Republik teilte eine geheime kommunistische Terrororganisation mit, sie habe die Gebäude von zwei grossen ausländischen Firmen in Brand gesetzt und bereite weitere Attentate gegen «fremde Ausbeuter» vor.

Am gewaltsamsten geht es jedoch in *Chile* zu, wo die Partisanen von Norden bis Süden über das Land verbreitet zu sein scheinen. In verschiedenen Städten wurden grosse kubanische Flaggen angebracht; Explosions- und Brand-Attentate ereigneten sich vom 1900 km nördlich von Santiago gelegenen Iquique bis zum 750 km südlich der Hauptstadt gelegenen Temuco.

## NEUES AUS DEM

«Fire» ist ein Untergrund-Organ der «Black Power»-Bewegung in Britisch-Honduras. In einer der letzten Nummern wird den Lesern die Frage gestellt: «Haben Sie bemerkt, dass, wenn immer eine unserer drei Zeitungen Nachrichten über die Dritte Welt veröffentlicht, diese Meldungen aus der Schweiz (Swiss Press Review), aus den USA oder aus England stammen? Können die Leute, die über Jahrhunderte die Völker der Dritten Welt terrorisiert, brutalisiert, versklavt, unterdrückt und ausgebeutet haben, jetzt irgend etwas Gültiges oder Wahres über diese Völker aussagen?»

Dass weder die Schweiz noch die Vereinigten Staaten Kolonien hatten, ist eine Anmerkung zur fehlenden Informationsbasis dieser Sätze. Gleichzeitig aber zeigen sie auf, dass unsere Presse-

dienste informatorisch wirksam sind. Ein Kompliment, das nicht unter dem Verdacht steht, aus Gefälligkeit gemacht worden zu sein.

Etwa gleichzeitig konnten wir feststellen, dass wir eine wichtige Information an den richtigen Ort vermittelt haben. Ein ehemaliger Mitarbeiter des kubanischen Geheimdienstes, Orlando Castro Hidalgo, der im März geflüchtet ist, hat unter anderm enthüllt, dass ein Dr. Walter Rodney als kubanischer Agent tätig ist. Dr. Rodney, der aus Guayana stammt, war Dozent an einer Universität in Jamaica. Es wurde ihm nach einem Auslandsurlaub die Rückkehr nach Jamaica verweigert. Die Zeitung «Voice» von Jamaica hat nun geschrieben, dass man nach Lektüre eines Artikels in der *Swiss Press Review* (über die Aussagen von Orlando Castro Hidalgo) für diese Visumsverweigerung volles Verständnis habe.

Die SOL-Pressendienste in englischer, französischer, spanischer und arabischer Sprache werden ihren Bezüglern in Entwicklungsländern gratis zugestellt. In einigen Fällen vermögen sie sich in einer sonst von kommunistischer Propaganda beherrschten Szenerie als einzige andere Diskussionsstimme zu behaupten.

## In Kürze

Der Primas von Polen, Kardinal Wyszynski, hat in einem Handschreiben an einen Angehörigen der jüdischen Glaubensgemeinschaft in Polen den vom Gomulka-Regime unter dem Namen des «Antizionismus» geförderten Antisemitismus ausdrücklich verurteilt und dabei insbesondere an die unermesslichen Leiden, Verluste und an die Todesnot der jüdischen Bevölkerung Polens in der Zeit des Zweiten Weltkrieges erinnert. Auch in einer Reihe von Predigten und Hirtenbriefen an die polnischen Katholiken habe der Kardinal die Gläubigen vor den antisemitischen Erscheinungen in der Polnischen Volksrepublik gewarnt.

Der Chef des kubanischen Aussenhandels, Abdo Sato, hat in Algerien den Abschluss eines mehrjährigen Handelsabkommens in Aussicht gestellt, um den gegenseitigen Handel beträchtlich zu steigern.

Eine Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation befindet sich gegenwärtig auf einer Informationsreise in Lateinamerika, um dort während zweier Monate für die Organisation zu werben.

Im Februar 1946 betrug die Bevölkerungszahl Polens 23,9 Millionen, gegenwärtig 32,6 Millionen. Die Einwohnerzahl nimmt täglich um 685 Seelen zu. Der natürliche Zuwachs betrug 8,7 Promille im Jahre 1968 und 8,3 im ersten Halbjahr 1969, im Vergleich zu 19,5 Promille im Jahre 1955.

Die Bevölkerung Polens wird im Jahr 2000 die Zahl von 38 Millionen voraussichtlich übersteigen. Der Anteil der Stadtbevölkerung stieg von 31,8 Prozent im Jahre 1945 auf heute 51,4 Prozent an. In den Städten wohnen gegenwärtig 16,7 Millionen Bürger, auf dem Lande noch 15,8 Millionen.